

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 25 (2018)
Heft: 275

Rubrik: Perspektiven

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Perspektiven

Kritik der «Republik»
NoBillag und Hofer-Club
Europas Populismus
Reden übers Wohnen
Juden im Porträt
Ab nach Den Haag

Die ersten Tage der «Republik»

Eine mehrteilige Reportage aus den gespaltenen USA, ein langer Essay über Irrationalität und Demokratie, eine Gerichtskolumne: Mitte Januar ging mit der «Republik» das meisterwartete Onlinemagazin der Schweiz online. Auf den folgenden Seiten ein Gespräch mit dem St.Galler «Republik»-Reporter Carlos Hanimann und ein Kommentar zum Start der «Republik».

Diskutieren auf Augenhöhe

INTERVIEW: CLAUDIO BUCHER



Wie hast du die letzten Tage vor dem Start geschlafen?

Wenig. Schlecht eingeschlafen, aber immer gut aufgewacht. Die letzten Tage waren natürlich hektisch, die Nervosität hoch. Der Start ist jedoch erstaunlich gut verlaufen, ohne grössere Zwischenfälle. Natürlich gibt es immer kleinere Probleme auf der Website; die Republik ist kein fertiges Produkt.

Kein fertiges Produkt: Bei der Republik herrscht eine breite Feedback-Kultur. Unter «Lassen Sie uns reden/Verbessern Sie die Republik» finden sich bei Redaktionsschluss bereits über 600 Kommentare. Wie geht ihr mit den Inputs eurer Leserschaft um?

Wir nehmen die Anliegen sehr ernst, diskutieren online mit. Das war immer die Idee des Ganzen: Wir pflegen eine Debatte und einen engen Austausch mit den Leserinnen und Lesern, die ja auch unsere Verlegerinnen und Verleger sind. Bereits in den ersten Tagen konnten wir Wünsche oder Verbesserungen umsetzen. Soweit Inputs unserem Konzept entsprechen und wir sie realisieren können, werden wir dies auch tun.

Diese Feedback-Kultur klingt nach sehr viel Ablenkung: Wie hast du deine Arbeit strukturiert?

Der Austausch mit der Community ist nicht einfach Ablenkung, er ist Teil unserer Arbeit. Aber es ist nicht so, dass konstant 30 Leute auf die Debatten schauen. Wir wechseln uns ab, dann bleibt das überschaubar. Wir arbeiten in Schichten. So habe ich trotzdem Zeit, mich länger und vertieft mit Geschichten und Recherchen zu beschäftigen.

Wie unterscheidet sich die Arbeit bei der «Republik» in dieser Hinsicht von anderen Redaktionen?

Mir ist aufgefallen, dass der Kontakt mit dem Publikum viel näher und intensiver ist. Neben den öffentlichen Debatten-Rubriken, in denen Artikel auch mit den Journalisten besprochen werden, kommen auch direkt Mails und Nachfragen.

Auf privaten Kanälen?

Ja, wenn jemand mehr wissen will, etwas nicht verstanden hat, nehme ich mir auch die Zeit, etwas persönlich zu erklären. Das ist Teil meines Selbstverständnisses als Journalist: dass ich den Lesern, die etwas genauer wissen wollen, auch Auskunft geben kann.

Du hast gesagt, ihr habt schon in den ersten Tagen Leserinputs umgesetzt: «Republik»-Konsumentinnen sind auch Mitproduzentinnen?

Wir versuchen auf Augenhöhe zu diskutieren und nicht von der Kanzel herunter zu predigen. Die Leser sind Teil des Projekts und nicht bloss Geldgeber. Ohne die mittlerweile über 17'000 Verlegerinnen und Verleger würde es die «Republik» nicht geben, und da ist man meines Erachtens auch ein Stück Rechenschaft schuldig.

Die Mediengruppe Bitnik hat nach dem «Republik»-Start gepostet: «Die Schweizer Demokratie wird hinter 1 Paywall gerettet.» Artikel sind auf der Website nur für Abonnenten verfügbar, können jedoch von ihnen geteilt werden. Vermindert das nicht die diskursive Wirkung?

Die Idee der «Republik» ist: Journalismus kostet etwas. Darum haben wir eine relativ harte Paywall. Nur wer dafür zahlt, kann das ganze Angebot nutzen. Aber Artikel können per Mail geteilt oder auf Social Media gepostet werden, so bekommen sie eine grössere Verbreitung. Daran sind wir interessiert, auch um neue Leserinnen und Leser auf unsere Texte aufmerksam zu machen, die dann hoffentlich zu Abonnentinnen und Abonnenten werden.

Ihr verzichtet auf Werbung...

Wir wollen unabhängig sein und das geht nur, wenn die Leute, die uns lesen, uns auch finanzieren. Kurz: Wir versuchen Journalismus zu machen und parallel ein neues Finanzmodell zu etablieren.

Diese harte Paywall, die porös ist: Besteht da nicht die Gefahr, dass sie umgangen wird? Ich könnte über einen Twitter-Bot «Republik-Daily» alle Links veröffentlichen?

Das ist möglich, ja. Wir sind überzeugt, dass wir durch unsere Inhalte Leser zu Abonnenten machen können. Vielleicht zu Beginn auch nur mit einem Monatsabo. Zu diesen Bots: Wir sind erst seit Kurzem online. Wir beobachten die Situation und sehen dann weiter.

Für Leute, die lieber offline lesen wollen oder zumindest nicht im Browser: Wird es eine App geben?

Im Moment kann man die «Republik» im Browser lesen. Eine App ist aber für einen späteren Zeitpunkt geplant.

Die «Republik» wurde beinahe euphorisch empfangen. Es gab vereinzelt Misstöne, unter anderem teilte die NZZ die Schweiz in zwei Lager: Medienmogul Blocher, der die Schweiz retten will und die anderen, die die Schweiz vor Blocher retten wollen. Auch die «Republik» bekam Starthilfe von Grossinvestoren wie den Gebrüdern Meili. Wie unabhängig seid ihr wirklich?

Die «Republik» ist komplett unabhängig. Der Vergleich ist absurd. Wir haben unser Finanzierungsmodell immer transparent gemacht, und die Meili-Brüder haben nicht mehr Einfluss als jeder andere Abonnent. Sie haben keine Möglichkeit, auf unseren Inhalt einzuwirken. Sie sind in der Republik AG investiert mit einem Darlehen mit Rangrücktritt: Sobald die «Republik» Gewinn erzielt, nutzen wir einen Drittel des Gewinns, um das Darlehen zurückzuzahlen.

Die «Republik» erscheint als rein digitales Magazin. Denkst du, Saiten 2020 wird auch komplett digital publiziert?

Es ist vielleicht eine paradoxe Aussage für jemanden, der für ein digitales Magazin arbeitet: Ich bin diesbezüglich ziemlich oldschool und genieße das Papier. Ich finde es gut, dass Saiten auch gedruckt erscheint. Die Kombination von einem monatlichen Print-Magazin und einem digitalen Auftritt halte ich für ein sehr gutes und zukunftsweisendes Konzept.

Verfolgst du die Ostschweizer Medienentwicklung?

Nicht mehr so eng. Saiten habe ich nicht mehr abonniert, ich verfolge das Magazin aber online. Die lokale Presse blättere ich gelegentlich durch.

Ein Ostschweizer Korrespondent für die «Republik» wirst du also nicht?

Nein, das wird nicht mein Thema sein. Aber die St.Gallerin Sina Bühler wird als Gerichtsreporterin aus der Ostschweiz berichten.

Carlos Hanimann, 1982, ist Reporter und Buchautor. Er arbeitet seit November 2017 beim Medienprojekt «Republik». Zuvor war er zehn Jahre bei der WOZ.

«Res publica» oder die Fortsetzung des Journalismus mit anderen Mitteln

TEXT: MICHAEL FELIX GRIEDER

Im Zuge der rekordbrechenden Crowdfunding-Kampagne wurde an Pathos nicht gespart. Seit Mitte Januar ist die «Republik» in der Wirklichkeit angekommen. Der Werbesprech ist passé, auch bei empfindlichen Ohren kann die Neugier nun aufkommen. Das hochwertige Onlinemagazin überrascht – und wirft Fragen auf.

Versprechen: Ohne Patrons keine Verlagsoligarchie

Den ganzen Messianismus einmal beiseite geschoben, bleibt eines doch unbestreitbar bestehen: der Exodus einiger Journalistinnen und Journalisten, die auszogen, um mit einem besseren Produkt und Arbeitsplatz wiederzukehren. Auffallend ist, dass nicht ein prekäres Schreibstubenproletariat diesen Exodus ausgerufen hat, sondern eine Handvoll der bekanntesten Namen der Deutschschweizer Branche. Ihre Botschaft: Der ökonomische Druck, der in den grösseren Blättern auf die Schreibenden abgewälzt wird, zwingt diese, Bullshit zu produzieren. Da Journalismus durch diese Art

«Effizienz» aber nicht eben besser wird, so können sie besseren Journalismus garantieren, wenn sie sich dieses erdrückenden Überbaus entledigen.

Auf dieser Ebene ist der Erfolg einzuordnen, den man der «Republik» neidlos zugestehen kann. Die Verlage schissern derweil munter weiter auf ihrem Selbstmordkurs, obwohl noch ein Katerhahn zur Analyse reichen würde, dass ein um die Substanz erleichtertes Produkt kaum je einen Zuwachs an zahlender Nachfrage verursachen dürfte. Die «Republik» stattdessen zelebriert ab Tag eins Sorgfalt. Möglich ist das primär durch die Kollektivstrukturen, die Abwesenheit von gegenläufigen Verlagsinteressen und die unbedingte Leidenschaft für das hochinteressante – und ja, demokratisch unverschämte wichtige – kritische Geschäft. Sie schafft durch ihr Erscheinen ein Symbol, das der Branche nottut. Dieses vermittelt, dass es auch heute möglich ist, Blätter zu machen, die gute Arbeitsbedingungen mit sich bringen, aus denen am Ende gute Texte resultieren.



Naturmuseum
St.Gallen



**NATUR- UND
TIERFILMFESTIVAL
SA 10. & SO 11.
FEBRUAR 2018**

26 international prämierte Filme | naturmuseumsg.ch



jassabend

krug
die quartierbeiz



071 220 97 83 restaurantkrug.ch



Kinok
Lokremise
CH-St.Gallen
www.kinok.ch

COMEDIA



Katharinengasse 20, CH-9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch

LITERATUR IN WORT UND BILD

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-, Comic/Manga- und WorldMusic-Tipps und dem grossen Medienkatalog **mit E-Shop!** (auch E-BOOKS)

Konzept: Nur vom Publikum abhängig

Die «Republik» hat einige Schachzüge getätigt, die zukunftsweisend sein können.

Erstens hat sie nie suggeriert, dass wertvolle Inhalte fortan gratis im Netz zu finden sind. Sie startet ohne vorangegangene Mätzchen und schafft von Beginn weg Klarheit. Ihre Inhalte befinden sich hinter einer Paywall: Das muss man nicht sympathisch finden, die Notwendigkeit leuchtet aber ein.

Zweitens ist sie werbefrei und damit nicht abhängig von Klickzahlen. Irreführende reisserische Titel wie auch Bullshitcontent in der Art von Quizklicknötigungen und anderen Tricks dürfen hier aussen vor bleiben. Und Katzenbildli gibts ja sonst im Netz genug.

Drittens ist sie von Facebook abhängig wie alle anderen auch, aber dem Imperium nicht ausgeliefert, im Unterschied zu den meisten anderen Blättern. Durch privates Teilen bzw. Empfehlen einzelner Artikel, die dann auch ohne Abo vollständig gelesen werden können, kann die «Republik» auf ihre Inhalte aufmerksam machen, um Lust auf mehr, sprich auf ein Abo zu wecken. Facebook verhilft so zu notwendiger Aufmerksamkeit. Die technische Erpressung aber, Werbegelder in Facebook investieren zu müssen, um zu den werberelevanten Klicks zu kommen, ist damit nichtig.

Viertens ermöglicht die «Republik» mit dem Versprechen, nicht mehr als etwa drei Artikel täglich zu veröffentlichen, Vertiefung statt Überforderung. Löcherstopfendes Kaninchenfutter von den Depeschagenturen wird man weiterhin in den Leitmedien konsumieren müssen.

Schliesslich fünftens: Druck- und Vertriebskosten fallen weg. Das ist zwar für das Druckereigewerbe eine schlechte Nachricht, für die «Republik» aber definitiv ein Startvorteil.

Reaktion: «Tagi»'s gonna hate

Der Neid lässt nicht lange auf sich warten: Der «Tagesanzeiger» hat den Abgang von Constantin Seibt noch immer nicht überwunden und wärmt die psychoanalytische Karikatur seines ehemaligen Aushängeschildes nochmals auf, die Michelle Binswanger nach dem brutal erfolgreichen Crowdfunding im Branchenmagazin veröffentlichte. Sie plaudert darin über dessen Verhalten am Arbeitsplatz, attestiert ihm Unzuverlässigkeit bezüglich Anwesenheitsdisziplin, zeichnet Gemälde von schwerem Zigarettenrauch im verlassenen Büro oder einem schlafenden Journi im Bürostuhl.

Feuilletonchef Martin Ebel wird zusätzlich zur Blattkritik geschickt. Dieser liest vor allem den Text von Seibt, obwohl da noch andere gewesen wären. Ebel findet das Geschriebene nicht restlos unverzichtbar und vermutet, es sei dem monatelangen Schreibstau Seibts entwachsen. Und überhaupt! Die junge «Republik» sei «intellektuell».

Es sind lustige Zeiten, in denen sich Journalisten gegenseitig Intellekt vorwerfen. Tätigkeiten, die das Zuhören, Wiedergeben, Recherchieren, Einordnen, Prüfen, Formulieren und sonach Denken zwingend erfordern, haben nun mal mit Ziegenhüten wenig gemein. Journalisten sind Intellektuelle, die das Recht haben sollten, intellektuell zu sein. Sonst muss sich über den Exodus niemand wundern.

Klar, die ersten Texte sind wirklich lang. Adrienne Fichters Text über Facebook hat über 40'000 Zeichen, Seibts Stück über politische Irrationalität mehr als 55'000. Das beliefe sich im Überformat bei der deutschen «Zeit» auf vier volle Seiten, wobei noch zwei Absätze rausgekürzt werden müssten. In Saiten bräuchte Seibt dafür gut neun Seiten und müsste die Grafik bestechen, damit sie auf den schönen Weissraum verzichtet. Kurzum: Für Print ist der Text



Ein Teil der «Republik»-Redaktion an der Langstrasse in Zürich (Mitte hinten: Carlos Hanimann). Bilder: «Republik»

eher zu lang. Wenn nun aber Schreibstüblerinnen und Schreibstübler dies landauf landab kritisieren – «in der Kürze liegt die Würze» oder wie die Binsen alle lauten –, dann blasen sie ihren Patrons etwas gar viel Zucker in den Arsch, mit speziellem Beigeschmack durch die Natur der Sache. Die ersten Texte der «Republik» sind lang, weil Menschen bezahlt wurden dafür, richtig lang recherchieren und schleifen zu können. Statt die neuen Freiheiten der alten Edelfedern zu beneiden, könnte man den eigenen Streik planen. Sonst kommt der Krawall dann nämlich nur wieder von oben.

Thematisches: Maschinen, Monster, Medien

Die Konzeptarbeit ist vorüber, nun darf der Inhalt für sich sprechen. Dieser zeigt einen roten Faden durch die Texte, der Idee des im Vorfeld ausgerufenen «Expeditionsteams in die Wirklichkeit» folgend. Digitalisierung, politische Irrationalität und Manipulation, die Nöte von Refugees, korrupte Banken, die Zukunft der Arbeit, Justiz, Rechte, Werte und Laster und nicht zuletzt natürlich Journalismus und Medien werden nicht nur in Nebensätzen angesprochen, sondern eingehend verhandelt. Nach einer ersten Woche der «Republik» findet sich keine einzige Publikation auf der neuen Plattform, die nicht der Lektüre wert wäre. Sie bereichert die Medienlandschaft um ein hochwertiges, informatives Magazin, das auch hochkomplexe Fragen etwa der Hirnforschung in eine verständliche Sprache übersetzt, was nicht Vereinfachung, sondern Vermittlung heisst.

Problematisch ist die «Republik» (mit Ausnahme von Carlos Hanimanns eindringlichem Portrait vom hunderttausendfachen Lebensretter Abba Mussie) an einem anderen Punkt, der sich schon in der Kampagne abzeichnete und sich in diesen ersten Tagen bestätigte. Es ist die politische Analyse der Gegenwart, welche 1:1 von der Operation Libero übernommen scheint. Die zeigte schon im Konzept eine majoritäre Sichtweise auf das Weltgeschehen, wo einigermassen naiv mit Begriffen wie «Demokratie», «Freiheit», «Wettbewerb der Argumente», «Aufklärung», «Vernunft», «Bürgertum» usw. um sich geworfen wurde. Das sind liberale Gemeinplätze, die fraglos erfreulich und notwendig sind gegenüber der «konservativen Revolution», oder wie man die Normalisierung völkischer Gedanken auch immer nennen will.

Politisches: Minoritär werden

Was im Manifest noch als Strategie hätte durchgehen können, um möglichst viele Leserinnen und Leser in einer Allianz gegen ideologischen Fake von Rechts anzusprechen, schmerzt in den Texten schon etwas mehr. Verräterisch ist etwa, wenn Seibt die amerikanischen (u.a. sehr neoliberalen) Demokraten ohne Schattierung partout mit links verwechselt. Auch die von Anja Conzett und Yvonne Kunz gestellte Frage (in einer ansonsten herausragenden Reportage), ob «Identität oder Klasse» uns mehr entzweien, ist schlichtweg falsch gestellt, wenn auch Lafontaine, Mélenchon und Wagenknecht es lieben, solches gegeneinander auszuspielen. Linker Journalismus, aber einen solchen will die «Republik» gerade ausdrücklich nicht verabreichen, würde da erst beginnen, wo sie es sich auf einem politisch-theoretisch uninformatierten Diskurs bequem macht. Das hiesse das emanzipatorische Sichtbarmachen des vermeintlich Unsichtbaren, das Sagbarmachen des Unsäglichen und das Hörbarmachen des Unerhörten.

SVP und Konsorten mit der Anrufung des bürgerlichen Anstands zu bekämpfen, mag pragmatisch sein und strategisch nahelegend, die basale Analyse steht aber Kopf. Es ginge darum, sie auf die Füsse zurückzustellen. Es ginge darum, diejenigen bürgerlichen Strukturen, die uns erst in diese Scheisse gebracht haben, tat-

sächlich verändern zu wollen. Dies wäre die «Kritik der Macht», welche die «Republik» in ihrem Manifest verspricht. Mutig wäre die subversive und produktive Kritik direkt-demokratischer Floskeln aus der Oberstufen-Staatskunde vor dem Hintergrund linker Analysen, die dann alle betreffen und nicht nur das Wohlgefühl hegemonialer Apologeten einer Bourgeoisie in humanistischer Selbstbeweihräucherung. Wo Journalisten und Journalistinnen panisch vor dem Ideologieverdacht fliehen, entblößen sie im Subtext immer ein zutiefst ideologisches Weltbild: den Fehlschluss, das Majoritäre und Normale seien im Gleichschritt das Neutrale, die Mitte, das Wahre.

Was nicht ist, kann aber werden. Eine kritische Analyse von Macrons Bewegung «La République en Marche» durch die «Republik» könnte wohl mehrere Fragen auf einmal klären.

republik.ch

«NoBillag» gab es schon einmal, lange bevor die 1998 gegründete Billag überhaupt existierte, in den 1970er-Jahren. Damals nicht als Volksinitiative, sondern als einen von der SVP und dem sogenannten Hofer-Club orchestrierten Mix aus Nationalratspostulat, aargauischem Fundamentalismus und gezielt mobilisierten Wutbürgern, die Einzelbeschwerden gegen die SRG einreichten bei der damaligen obersten Beschwerdeinstanz und Konzessionsgeberin, dem Eidgenössischen Energie- und Verkehrsdepartement EVED.

Marie Therese Guggisberg, später die erste weibliche «Tagesschau»-Moderatorin, organisierte im Wintersemester 1976/77 ein Seminar am Publizistischen Institut der Universität Zürich mit dem Titel «Systemtoleranz». Ihre Arbeitsgruppe untersuchte die Beschwerdefälle gegen die SRG wissenschaftlich und systematisch. Ich habe damals als junger Student teilgenommen und den Seminar-Ordner heute, 40 Jahre später, zuunterst in einer Kiste im Keller gefunden.

Kontroversen um Armee und AKW

1975 waren Beschwerden gegen Sendungen des Schweizer Fernsehens zwar nicht neu, häuften sich aber auffällig beziehungsweise steigerten sich zu eigentlichen Kampagnen gegen die SRG. Die drei bekanntesten Fälle von damals seien kurz vorgestellt.

«Heer und Haus» war eine Sektion der Schweizer Armee, die nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte, die Haltung der geistigen Landesverteidigung im Kampf gegen den als totalitär kritisierten Kommunismus bei der Zivilbevölkerung wach zu halten. Eine Sendung von Fernsehen DRS über «Heer und Haus» vom 6. Mai 1975 führte zu einer Flut von Beschwerden wegen «genereller Stimmungsmache gegen die Schweizer Armee». Sie forderten «Wiedergutmachung am Bildschirm». Das Eidgenössische Verkehrs- und Energiedepartement als Konzessionsbehörde erkannte zwar keine Konzessionsverletzung, aber immerhin eine journalistische Fehlleistung. 1978 löste der Bundesrat «Heer und Haus» auf.

Heftiger prasselten die Beschwerdeschriften nach einer Sendung vom 16. Oktober 1975 auf die SRG ein, 76 an der Zahl. Der «Bericht vor 8» zeigte ein explizit als Selbstdarstellung ausgewiesenes Porträt des sogenannten Soldatenkomitees, einem Vorläufer der GSoA, die auf offene Empörung stiess. «Linke Propaganda» und «manipulierte, armeefeindliche Gesinnung» sei da am Werk gewesen. Man forderte personelle Konsequenzen, um solche Fehlleistungen künftig zu verhindern.

Eine Inhaltsanalyse der Beschwerdebriefe durch die Projektgruppe Guggisberg ergab, dass diese identische Sätze enthielten und es sich dabei um ein organisiertes Vorgehen gegen das Fernsehen handelte. 90 Prozent der Briefe kamen aus dem Kanton Aargau. Die Beschwerde wurde teilweise gutgeheissen. Der Grundsatz der Objektivität sei verletzt worden und somit die Konzession. Der Generaldirektor der SRG musste eine scharfe Rüge hinnehmen, Besserung geloben und schärfere Programmrichtlinien ankündigen.

Der bekannteste Beschwerdefall war die Sendung über Kaiseraugst vom 6. Mai 1975. Beschwerdeführer war Louis Lang, Mitglied der 1971 gegründeten SVP und Aargauer Regierungsrat. Die Sendung habe zugunsten der Besetzer des Kaiseraugst-Geländes informiert und unzulässige Hinweise auf Aktionen und Demonstrationen gemacht, ja, die linken Aktivisten seien geradezu unterstützt worden von der SRG, hiess es. Man forderte, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden und das Fernsehen eine Gegendarstellung samt Entschuldigung sende. Die Beschwerdeinstanz stellte jedoch keinerlei Verletzungen der Konzession fest.

Wesentlicher Treiber der Attacke war das «Aargauer Tagblatt», das sich als einziges Presseorgan vehement auf die Seite des Beschwerdeführers stellte.

Die Angriffe auf die SRG von 1975 hatten eine Vorgeschichte auf der politischen Bühne: Massgeblich war das Postulat der beiden Nationalräte Fritz Krauchthaler und Erwin Akeret (beide SVP) «für mehr Kontrolle eines nicht mehr objektiven Fernsehens und die Schaffung von wirksamen Kontrollinstanzen» aus dem Jahr 1972. Artikel 13 der damaligen Fernsehkonzession vom Bund forderte explizit objektive Berichterstattung.

Begleitet wurde das Postulat von einer breiten Polemik des SVP-Pressedienstes, der sich auf eine unzufriedene Bürgerschaft berief und viele Verstösse gegen Artikel 13 zu sehen glaubte. Dazu gehörte die Berichterstattung über den Jura-Konflikt oder über das vom Justizdepartement verhängte Einreiseverbot gegen den linken Ökonomen Ernest Mandel. Und immer sahen die SRG-Kritiker ein von links unterwandertes, mit dem Kommunismus sympathisierendes, ja, gar mit ihm verbandeltes Schweizer Fernsehen als Feindbild. Im März 1972 schrieb der SVP-Presserat: «... und es ist ebenso offensichtlich, dass unser Fernsehen überall dort dabei ist, wo radikale, extremistische Kräfte am Werk sind». Selbst am Kulturprogramm bemängelte man, dass «progressive» Autoren wie beispielsweise Adolf Muschg bevorzugt behandeln würden.

1974 wurde aus diesen SVP-Kreisen die Schweizerische Fernseh- und Radiovereinigung gegründet. Bald war diese nur noch nach ihrem Gründer benannt: Hofer-Club. Walther Hofer war Historiker und Nationalrat der SVP und wollte im Geiste des Kalten Kriegs die linkslastigen Medienschaffenden zur Räson bringen. Zusammen mit Ernst Cincera, dem «Kommunistenjäger» (FDP), verkörperte Hofer die McCarthy-Ära der Schweiz.

Teleboy und die Sorgen der Kleinbürger

Nach mehr Privatisierung konnte der Hofer-Club noch nicht schreien. Seine Forderung hiess mehr Kontrolle – und dies mit Erfolg: Die SRG wurde gezwungen, eine Beschwerdestelle und Richtlinien für ein geregeltes Beschwerdewesen einzurichten. Alle Beschwerdefälle mussten seither statistisch erfasst, sortiert und analysiert werden.

Was dann allerdings nach 1975 beim Fernsehen an Protesten eintraf, waren weniger politische Zurechtweisungen, sondern vielmehr Beschwerden eines bereits auf seichte und harmlose Sendungen getrimmten Publikums. In einem Bericht der Beschwerdestelle aus dem Jahr 1976 kommt ein Schweizer Kleinbürgertum ohne Ambitionen zu Wort: «Warum fallen Teleboy und Dalli-Dalli auf den selben Abend?» – «Die Rudi Carrell Show war in letzter Zeit eine Zumutung!» – «Fühle mich wegen der Namensgleichheit mit einem Gesuchten aus Aktenzeichen XY geschädigt». Diese Liste liesse sich beliebig verlängern und böte Stoff für eine veritable Fernsehparodie. Das noch politischste Statement findet man in einer Beschwerde vom September 1976, wo sich ein Radiohörer über die eingespielte Trauermusik zu Maos Tod beschwert.

Immerhin: Hofer entdeckte die Wirksamkeit und Nützlichkeit des «Wutbürgers» und erfand damit den rechten Populismus, das Erfolgsrezept der SVP. Auch ohne Internet und Social Media taten simple Leserbriefe das ihrige, um der SRG einzuheizen. Diese Widerstand weitestgehend, und der Versuch, sie zu entpolitisieren und gefügiger zu machen, versandete zusehends. Allerdings nicht ganz, wie die bevorstehende NoBillag-Abstimmung zeigt.

Dieser Text erschien zuerst auf saiten.ch.

Eine Serie zum Zustand von Europa – drei Zerreißproben stehen im Zentrum. Teil 1: Polarisierung und Populismus.

TEXT: SIMON GRAF

Die Erfolge rechtspopulistischer Parteien erreichten letztes Jahr mit der Bundestagswahl auch Deutschland. Es ist kein neues Phänomen in Europa. Zumindest seit einigen Jahren weist diese heterogene Gruppe von Politikern und Parteien weit mehr als nur kleinere Achtungserfolge vor. Lediglich 700 Kilometer östlich von St.Gallen regiert mit Viktor Orbán ein rechtsnationaler Populist Ungarn in seiner dritten Amtszeit. Marine Le Pen schaffte im vergangenen März für den Front National (FN) den Sprung in die Stichwahl der Präsidentschaftswahl in Frankreich. 2002 gelang dies bereits ihrem Vater, Mitgründer und, bis zu seinem Rücktritt als Präsident, Zentrum des FN. In der Tschechischen Republik ist Andrej Babiš gar der Wahlsieger gelungen, einem Multimilliardär, der stets betont, Pragmatiker und nicht Populist zu sein. Und in Österreich regiert Sebastian Kurz mit der FPÖ.

Aber was genau macht einen Populisten, eine Populistin aus? In vielen Köpfen erscheinen unweigerlich Bilder von Blocher, Trump, Gauland. Aber auch Alexis Tsipras und Bernie Sanders politisieren populistisch, denn Populismus beschränkt sich nicht auf ein spezifisches politisches Lager. Vielmehr ist er ein Stilmittel, das sich auf diverse Parolen anwenden lässt. Populismus kann insofern als eigenständige Ideologie verstanden werden, als dass die Schaffung von zwei antagonistischen, homogenen Gruppen von zentraler Bedeutung ist: «Wir» und «Die». Für uns oder gegen uns. Die einfache Bürgerschaft wahlweise gegen die Classe Politique, die Geflüchteten, die Reichen und Mächtigen.

Andererseits muss Populismus auch als Kommunikationsstil betrachtet werden. Das wohl am häufigsten wiederkehrende Schlagwort bleibt dabei «das Volk». Anti-Elitismus, Systemkritik und die Forderung nach Volkssouveränität sind grenzüberschreitende Themen. Natürlich sind deren Vertreterinnen und Vertreter nicht selten selbst Teil der Elite. Doch mit Tatsachen wird heute schon einmal etwas lockerer umge-

gangen; gefühlte Wahrheiten und «alternative» Fakten scheinen im sogenannten postfaktischen Zeitalter den gleichen Stellenwert zu genießen wie Tatsachen und wissenschaftlich generierte Daten.

Zentral: Verteilungsfragen

Wieso in Europa gerade jetzt ein gewisser Aufschwung des Populismus stattfindet, ist eine komplexe Frage. Geflüchtete gab es immer. Auch Finanzkrisen sind nichts Neues. Und obschon Ungleichheit per se auch nicht neu ist, sind deren Ausmasse für viele von uns in Europa bislang noch unbekannt. Denn nachdem die Weltwirtschaftskrise und in Europa insbesondere der Zweite Weltkrieg riesige Mengen an Kapital vernichtet hatten und so nebst grassierender Armut auch eine beispiellose Gleichverteilung unter den Bürgern und Bürgerinnen Europas schufen, nähern sich diese Werte nun seit den 1970ern wieder den Vorkriegsjahren an. Nicht nur beim Besitz geht die Schere auf. Globalisierung, internationale Konkurrenz und noch immer fallende Transportkosten führen gerade in westlichen Industriestaaten zu einer stetig steigenden Nachfrage nach hochqualifizierter Arbeit – zum Nachsehen der mittleren und tiefen Einkommensklassen.

Dass globaler Handel aus wirtschaftlicher Sicht durchaus effizient ist, da sich regionale Vorteile zur Steigerung des Gesamtnutzens abschöpfen lassen, lernen Wirtschaftsstudenten bereits im ersten Semester – Stichwort Trickle-Down-Effekt. Dies scheint ausreichend, um die Globalisierung als unausweichliches Mittel zur Sicherung von Wachstum und Entwicklung darzustellen. Aus gesellschaftlicher Sicht ist jedoch nicht allein die gesamtwirtschaftliche Effizienz ausschlaggebend. Die bloße theoretische Möglichkeit, alle besser zu stellen, reicht nicht. Es sind Verteilungsfragen, die zu gesellschaftlichen Spannungen führen können. Doch obwohl Ungleichheit ab einem gewissen

Punkt auch negative Folgen für das Wirtschaftswachstum hat, setzt sich in vielen Debatten der wirtschaftliche Gesamtnutzen als zentrales Argument durch. Die Gesellschaft verliere und gewinne als Kollektiv: Dieses Narrativ scheint sich auch in den Köpfen vieler Parteigremien durchgesetzt zu haben. So waren etwa die negativen Auswirkungen für die britische Wirtschaft ein zentrales Argument der Gegner in der Brexit-Debatte. Auch die Schweiz kennt dieses Spiel mit dem Feuer und die Warnungen, man dürfe die Bilateralen keinesfalls riskieren, man stelle sich nur die wirtschaftlichen Folgen vor.

Mindestens genau so wichtig wie die Effekte der Globalisierung sind jedoch technologische Fortschritte. Zu diesem Schluss kommt auch der «World Economic Outlook 2017» des Internationalen Währungsfonds (IWF). Gemäss dem Bericht sinken die Einkommensanteile des Produktionsfaktors Arbeit (gegenüber Kapital) in wirtschaftlich entwickelten Regionen der Welt bereits seit den 1980er-Jahren. Da Kapital insbesondere in den oberen Einkommensschichten angehäuft wird, profitieren diese doppelt. Das Resultat: wachsende Einkommensungleichheiten.

Nicht nur Extremisten

Obwohl Populismus auch in der politischen Mitte, beispielsweise bei Macrons Bewegung «La République En Marche!», zu finden ist, sind diese Fälle doch eher die Ausnahme. Der Grossteil der Populisten ist an den Polen des politischen Spektrums zu finden, fernab vom Mainstream. Gerade diese zunehmende Popularität von Popparteien ist für eine demokratische Gesellschaft, in der Konsens oder zumindest Kompromisse gefunden werden und auch die Meinungen von Minderheiten respektiert und gehört werden müssen, Gift. Trotzdem sollten sich Mainstreamparteien – alteingesessene Grossparteien von sozialdemokratisch bis konservativ – die Frage stellen, wo genau sie noch voneinander zu unterscheiden sind. Denn zu diesem Mainstream gehört heute auch, sich zur Internationalität zu bekennen, zu Handel, Migration, Europa; kaum eine gemässigte europäische Partei würde die EU oder den Euro offen kritisieren. Selbst Angela Merkels konservative CDU hat sich während der Flüchtlingskrise für viele ihrer Wählerinnen und Wähler zu weit «links» positioniert.

«Integriert doch erst mal uns!» Diesen Satz kriegte die sächsische Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) diverse Male auf Bürgerversammlungen zu hören, auch die Medien berichteten darüber. Ein halbes Jahr später, bei der Bundestagswahl im vergangenen September, wählte Sachsen die AfD mit 27 Prozent zur wählerstärksten Partei. In Deutschland ist es vor allem die Rechte, die Alternativen anbietet für die Globalisierungsverlierer, für jene Leute, die sich überfordert, abgehängt, ungehört fühlen. Sie sind aber auch Heimat für Protestwählerinnen und -wähler, die von den Mainstreamparteien enttäuscht sind und Frustration ausdrücken wollen. Und nicht zuletzt sind sie ein Tummelplatz für Rassistinnen, Nationalisten und Homophobe.

Alle in den gleichen Topf werfen sollte man jedoch keinesfalls. Aber wenn man diesen populistischen Parteien die Grundlage entziehen will, sollten die alteingesessenen Parteien zumindest die Enttäuschten und die Verlierer ernst nehmen. Nicht wenige von ih-

nen gehören eigentlich zur Stammwählerschaft der Sozialdemokratie. Doch linke Parteien tun sich immer häufiger schwer damit, sich noch attraktiv für die Arbeiterschaft zu positionieren, da sich ihr Selbstverständnis für Kosmopolitismus oft nur schwer mit den Erwartungen und Bedürfnissen der Arbeiterinnen und Arbeiter verbinden lässt. Das Dilemma zeigt sich deutlich in den Grabenkämpfen innerhalb der deutschen Linkspartei, wo die Immigrationsfrage zur Zerreissprobe wird.

Enttabuisierung und Diskurs

Auch linke und linkspopulistische Kräfte profitieren und profitierten vielerorts deutlich von den Wählerstimmen der Globalisierungsgegner und -verliererinnen. Jedoch scheint es, als könnte man dieses Potenzial im weiten Teilen Europas nicht mehr ausnutzen, zu weit in den Vordergrund ist in den Augen vieler die Solidarität mit Geflüchteten gerückt, zu weit hinten müssen sie sich selbst anstellen. Dies ist keine neue Problematik. Die Linke stand immer zwischen einem gewissen natürlichen Internationalismus auf der einen und dem Schutz ihrer nationalen Klientel auf der anderen Seite und wird diese Diskussion auch weiterhin führen müssen, will sie ihre «natürliche» Wählerschaft nicht verlieren.

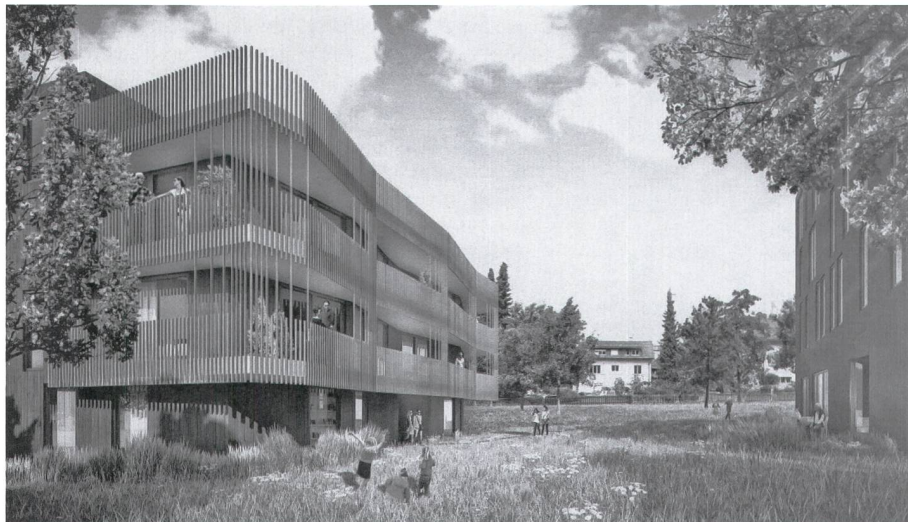
Was geschieht, wenn solche teilweise berechtigten Ängste und Sorgen gewisser Bevölkerungsschichten zu lange ignoriert werden, wird heute sichtbar. Um diese Tendenzen nicht noch weiter zu befeuern, bedarf es einerseits klarer Identitäten seitens der etablierten Mainstreamparteien, die der Wählerschaft effektive Alternativen bieten. Andererseits dürfen unpopuläre bzw. komplexe Themen nicht tabuisiert werden. Es ist der Demokratie nicht förderlich, den Stimmberechtigten lediglich Popparteien anzubieten, falls ihre Präferenzen zum Euro oder zur EU vom Mainstream abweichen. Freihandel und Migration sind nicht optional und müssen auch innerhalb des Mainstreams diskutiert werden. Diese Themen als unantastbar darzustellen nährt das Narrativ von Populisten, wonach «die da oben» unempfindlich, arrogant und elitär seien. So lassen sich europäische Nationen bereits intern spalten, was einen europäischen Zusammenhalt – in welcher Form auch immer – noch schwerer realisierbar macht.

Simon Graf, 1991, hat in Zürich und Amsterdam Politikwissenschaften studiert und macht derzeit eine Kurz-Stage bei SRF Wirtschaft. Im März wird er die aufflammenden Wertekonflikte zwischen Ost- und Westeuropa beleuchten, die sich im Auftreten der Visegrád-Gruppe manifestieren. In der April-Ausgabe steht die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb von Europa im Fokus.

Mehr als ein Dach über dem Kopf

Wohnen betrifft uns alle. Wohnen ist ein Grundrecht. Doch was überlegen sich die, die unsere Wohnungen planen und bauen? Das Architekturforum Ostschweiz will dies in einem breit angelegten Veranstaltungszyklus ergründen. Streitpunkte gibt es genug.

TEXT: RENÉ HORNING



Im Bau: Die Wohnsiedlung Schösslipark St.Gallen von Holzer Kobler Architekten.
Rendering: Holzer Kobler Architekten.

Liest man den einleitenden Text des Architekturforums Ostschweiz, der die Wahl des Jahresthemas Wohnen begründet, sind wir mittendrin in der Sicht der Bauleute: «Wohnen berührt den innersten Kern des Bauens», heisst es da zuerst. Wohnen sei Ausdruck einer Identität und einer gesellschaftlichen Vision. Und so stellen sich Dutzende von Fragen: Wer braucht welche Wohnung? Während die Gesellschaft sich immer weiter in Teilgruppen aufsplittert, produzieren «der Markt», respektive die grossen Bauinvestoren, bis heute fast ausschliesslich konventionell geschnittene Familienwohnungen. Zum Wohnen gehört aber auch die Natur rundum. Haben wir dafür in der geforderten Verdichtung überhaupt noch Platz? Wer achtet darauf, dass Umgebungsqualität entsteht, die mehr ist als «Abstandsgrün»?

All dies zu diskutieren wird abendfüllend. Und es geht noch um einiges mehr an den insgesamt acht Montagabenden, zu denen das Architekturforum Ostschweiz einlädt. Jedes Mal sind drei Leute aufs Podium geladen, sie werden unter abwechselnder Leitung von Philosophin Barbara Bleisch SRF, Sternstunden und von Ethiker Jean Daniel Strub (Projektleiter Wissenschaftspolitik beim ETH-Rat) zu Diskussionen herausgefordert.

«Wir haben schon im vergangenen Sommer über das Jahresthema 2018 geplant und immer wieder poppte das Stichwort Wohnen auf», blendet AFO-Vorstandsfrau Sabine Hutter zurück. Und man wende sich mit dem Thema «nicht nur an Fachleute, sondern explizit auch an die breite Bevölkerung». Die Veranstaltungen findet man deshalb erstmals auch auf den Kulturplakatsäulen in der Stadt angekündigt. Das Forum erwartet regen Besuch im Lagerhaus an der Davidstrasse. Die eingeladenen, teils weitherum bekannten Referentinnen und Referenten sollen viel Publikum anlocken.

Nachholbedarf in der Ostschweiz

Über Wohnen zu diskutieren ist gerade in der Ostschweiz nötig, denn in Architektenkreisen wird schon lange bemängelt, dass Investoren in unserer Region wenig Mut zeigen, Neues zu wagen. Wer speziellere Grundrisse oder gemeinschaftliches Wohnen sucht, findet dies in Zürich. Zwar entstehen zurzeit auch in der Stadt St.Gallen die – soweit bekannt – ersten Clusterwohnungen in einem Umbau am Platztor, doch dort,

wo Investoren im grossen Stil Wohnungen bauen, etwa auf dem Saurer-Areal in Arbon oder beim Bahnhof Haggen in St.Gallen, stösst man auf Altbekanntes. Wohnexperimente, wie sie Künstler und Architekt Spallo Kolb in Widnau auf dem ehemaligen Viscose-Areal realisiert hat, sind in der Ostschweiz äusserst dünn gesät.

«Wir möchten mit der Veranstaltungsreihe erreichen, dass künftig qualitativ vielschichtigere Wohnungen gebaut werden», so Sabine Hutter. Allzu detailliert in die Kritik an einzelnen Projekten will man sich aber nicht einlassen. Die Themen sind breit angelegt. «Aber das Publikum ist immer aufgefordert, seine eigenen Erfahrungen und Fragen einzubringen». Wie heftig die Diskussionen werden, wird sich zeigen.

Die erste Veranstaltung vom 5. Februar ist als «Herleitung zum Wohnen» angekündigt. Architekturtheoretiker Akos Moravanszky, die Basler Architektin Anna Jessen (die auch den neuen Studiengang Architektur an der Fachhochschule St.Gallen leitet) und der Architekturphilosoph Christoph Baumberger werden unter der Leitung von Barbara Bleisch diskutieren. Am 5. März bringt die Runde das Thema auf den Boden der hiesigen Realität zurück. «Brennpunkt Ostschweiz» heisst es dann, es diskutieren Architekt Christian Wick, St.Gallens Stadtbaumeister Hansueli Rechsteiner und Ex-Regierungsrätin Kathrin Hilber. Danach folgen die Themen digitale Baukultur und Freiräume. Ab September werfen die Veranstalter einen Blick über die Schweiz hinaus, es geht um Multikulti beim Wohnen, um Umbrüche und Innovationen.

Teure Neubauwohnungen, hohe Leerwohnungsziffern

Abzuwarten bleibt noch, wie weit auch jene Themen rund ums Wohnen angeschnitten werden, die die Bevölkerung im Alltag beschäftigen: die horrenden Preise der neuen Wohnungen, das Verbauen der letzten Hänge, die noch einen Blick auf den Säntis oder den Bodensee bieten. Dies sind bei weitem keine städtischen Themen. In Trogen wird gerade der sehr steile Hang zwischen Hauptstrasse und Kantonsschule zugebaut – allein von der Bautechnik her können dort keine günstige Wohnungen entstehen – aber sie bieten Seeblick.

Solange weiterhin soviel Geld eine Anlagemöglichkeit sucht, wird kräftig weitergebaut, auch wenn die Leerwohnungsziffern in den letzten Monaten deutlich angestiegen sind. Jede Pensionskasse sucht Renditen, und die liegen bei Immobilien im Moment noch um ein Mehrfaches höher als bei den mündelsicheren Bundesobligationen. Aber es gibt bereits Warnlichter: Um Flawil werden Investoren einen Bogen machen, denn dort stehen fast vier Prozent aller Wohnungen leer (Bundesamt für Statistik, Stand 2017). Ganz anders die Lage im Einfamilienhausgewirr von Mörschwil mit einer Leerstandsziffer von nur gerade 0,2 Prozent. Dort ist es fast so unmöglich wie in der Stadt Zürich, eine passende Mietwohnung zu finden.

Die Situation in der Stadt St.Gallen, wo allein im Quartier Haggen im Moment mehr als 200 neue Wohnungen im Bau sind, präsentiert sich bezüglich Leerstände im Mittelfeld. Die absoluten Zahlen aber sind hoch: Bei der Vermittlungsplattform New Home sind 850 Mietobjekte auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen aus-

geschrieben, bei Homegate sind es 460. Ein genauerer Blick zeigt, dass darunter viele Objekte in Mehrfamilienhäusern aus den 1960er- bis 1980er-Jahren sind. Diese Wohnungen sind nicht mehr so beliebt. Umso wichtiger – so Sabine Hutter – sei es, «die grosszügigen und räumlich hochwertigen Altbauwohnungen, von denen es in der Stadt St.Gallen zum Glück doch noch einige gibt, zu pflegen».

Das Jahr wird zeigen, ob Architektinnen und Architekten auch solche Themen diskutieren – Themen, mit denen sie ihren Auftraggebern, den Investoren, in die Quere kommen könnten. Die Vorträge und Diskussionen werden jedenfalls dokumentiert. Auf den Frühling 2019 hin soll daraus ein Sammelband entstehen. Und nicht nur diese Themenreihe bietet das Forum an. Im Februar, März und April zeigt das Kinok auch wieder je einen Architekturfilm: über Franz Füeg, über Alvaro Siza und über Eero Saarinen.

**Wohnen – eine Herleitung: 5. Februar, 19.30 Uhr,
Architekturforum Ostschweiz, Davidstrasse 40, St.Gallen**

Infos und weitere Veranstaltungen: a-f-o.ch

zur

Kultur

in

der Ostschweiz,

bitte!

Ja

Jakob sagt am 4. März:
Ja zur Renovation des Theaters St. Gallen.
Jakob sagt ja, weil in der Ostschweiz
kein Platz ist für Kulturabbau und Sparwut.

Kob

www.ja-kob.ch

«Trotz des Heimwehs bin ich sehr dankbar».



Mitte Februar eröffnet das Historische und Völkerkundemuseum St.Gallen die Ausstellung «Schweizer Juden. 150 Jahre Gleichberechtigung». Die Wanderausstellung aus Anlass der Volksabstimmung zur rechtlichen Gleichstellung 1866 wird ergänzt mit Porträts von Ostschweizer Jüdinnen und Juden. Verfasst hat sie Brigitte Schmid-Gugler – hier als Vorabdruck eines der acht Porträts.

Michaella Guez-Barasch: Als Jüdin in Herisau.

TEXT: BRIGITTE SCHMID-GUGLER

Der zurückhaltende, aber bestimmte Tonfall in ihrer Stimme, die feingliedrige Erscheinung, der wilde Lockenkopf. Michaella Guez-Barasch öffnet ihre Wohnungstüre weit, bittet ins helle Wohnzimmer mit einer breiten Fensterfront, der Blick ins Appenzellerland spektakulär. «Was soll ich sagen? Ich bin seit meinem zweiten Lebensjahr eine Migrantin.» So beginnt sie, die Geschichte des Mädchens, das damals, als es zwei Jahre alt war, mit Eltern und Geschwistern aus der tunesischen Hafenstadt Bizerta nach Aschdod übersiedelte. Nach der Abschaffung des französischen Kolonialregimes im Jahr 1956 war es dort zu mehreren Zwischenfällen mit vielen zivilen Opfern gekommen. 1961 startete Israel eine Rettungsaktion. Die jüdischen Tunesier aus Bizerta, es waren einige hundert, wurden evakuiert und nach Israel gebracht.

«Ich war ja sehr klein und habe keine Erinnerungen, weder an Tunesien, noch an die Reise. Man brachte uns über Algerien nach Marseille und Tel Aviv. Wir, die Eltern und meine drei Geschwister, waren eine typische Immigrantenfamilie neben sehr vielen anderen Einwanderern in der Stadt Aschdod, die neben der antiken Stadt praktisch aus der Wüste gestampft worden war. In unserem Haus gab es Menschen aus Indien, Argentinien, Rumänien, Irak, Marokko. Es roch immer nach wunderbaren Gewürzen. Meine Mutter lernte, indische Gerichte zu kochen. Wir sprachen in der Familie französisch. Wenn die Eltern wollten, dass wir nicht mithörten, wechselten sie ins Arabische. Wir waren eine liberale, nordafrikanische jüdische Familie. Das Essen war koscher, an Yom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag im Herbst, hat man gefastet, aber Vater hat an Schabbat geraucht.»

Michaella Guez-Barasch wäre gerne Sozialarbeiterin geworden, doch sie entschied sich dann für ein Ökonomiestudium. Als Jugendliche und junge Frau war sie politisch aktiv. Sie wollte aber auch wissen, was und wie andere Menschen denken, sie pflegte Beziehungen zu einer christlichen Gemeinde im Norden des Landes. Sie war hingerissen von Golda Meir. «Ich dachte immer, ich sehe ein bisschen aus wie sie. Was mich dann auf die Idee brachte, ich könnte auch Ministerpräsidentin werden.» Es kam dann anders. In der Fabrik, in der sie als Studentin zeitweise arbeitete, lernte sie ihren zukünftigen Mann kennen. Gemeinsam mit ihm verliess sie Israel im Jahr 1988. «Mein Mann wollte aus privaten Gründen etwas Abstand gewinnen zu seiner Heimat. Wir dachten – und ich hoffte es damals sehr – nach zwei, drei Jahren zurückzukehren. Daraus sind nun 30 Jahre geworden.»

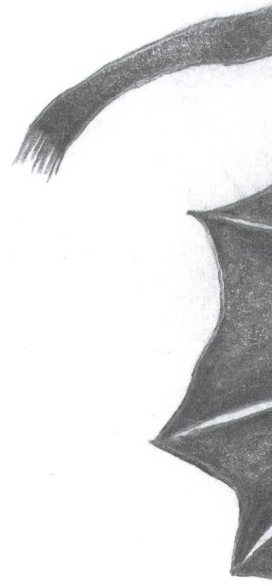
Michaella Guez-Barasch trägt eine Traurigkeit in sich. Der Tee riecht nach Zimt und Ingwer, die Datteln sind fleischig. Sie stammen aus ihrer Heimat, die sie so oft wie möglich besucht. Eine ihrer Schwestern ist zum orthodoxen jüdischen Glauben übergetreten. Sie hat sechs Kinder. Ja, es gebe Diskussionen, heftige manchmal. «Neulich etwa wegen den Palästinensern, die zur Arbeit nach Israel gehen und keine Konservenbüchsen mehr mit sich führen dürfen. Wegen Bombengefahr. Also müssen sie sich ihren Thunfisch in Plastikbeutel füllen. Das bedaure ich sehr.» Doch man dürfe nie und nichts bagatellisieren. Es gebe keine einzige Familie, keine einzige Freundin, die nicht in irgendeiner Weise von dieser schrecklichen Geschichte betroffen sei.

Morschach im Kanton Schwyz. Das war die erste Station der Familie Guez-Barasch. Michaella erwartete ihr erstes Kind. Dann Weggis. In Herisau erhielten sie schliesslich eine Aufenthaltsbewilligung. Da war sie nun. Als Jüdin. Als Migrantin. Als berufstätige Mutter von inzwischen zwei Kindern in einem Kanton, der das Frauenstimmrecht noch nicht kannte. Das Paar gründete eine bis heute erfolgreiche internationale Handelsfirma für Fruchtsaftkonzentrate. Die Kinder, beide heute erwachsen, besuchten in Herisau die Grundschule, später das kantonale Gymnasium. Trotz ihres Heimwehs sei sie für vieles, was man ihrer Familie in der Schweiz ermöglicht habe, äusserst dankbar.

Mit der Synagoge in St.Gallen ist sie verbunden, seit ihr Sohn sich als Jugendlicher vorbereiten musste auf Bar Mizwa, die religiöse Mündigkeit. Seither ist ihr, die sich als nicht religiösen Menschen bezeichnet, das Gottes- und Gemeinschaftshaus spirituelle Unterstützung. Eine Brücke zwischen Berufstätigkeit, Familie und dem freiwilligen Engagement für Flüchtlinge und anderen Hilfsbedürftigen. Sie wendet ihren Blick Richtung Küche, zum Gemälde des israelischen Künstlers Reuven Rubin. Ein feiner weisser Nebel zieht herab über einen alt gewachsenen Olivenhain. Ein Bild wie aus der Bibel, die auf dem Tisch liegt. Auf der aufgeschlagenen Seite ist von den Propheten die Rede.

Schweizer Juden – 150 Jahre Gleichberechtigung:
Vernissage: 15. Februar, 18.30 Uhr, Historisches und Völkerkundemuseum St.Gallen

hvmsg.ch





Luca van Grinsven, 1993, ist in St.Gallen aufgewachsen und wohnt seit September 2017 in Den Haag (NL) als freischaffender und suchender Filmmacher, Zeichner, Musiker und Sound Designer. lucavangrinsven.ch

Theater St. Gallen

Ab 2. Februar 2018

Der Zaubertrank

**Weltliches Oratorium
von Frank Martin**

Mit grosszügiger
Unterstützung von

Opern-Partner
Julius Bär

theatersg.ch



Konzept: tgg.ch